

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel 1: Einleitung</b> .....	1
A. Der digitale Fortschritt als Herausforderung für das Erbrecht.....	1
I. Altersstruktur der Internetnutzer und wachsende Bedeutung der Informationstechnik in Jugend und Alter.....	1
II. Die Interessenlage der Beteiligten und ihre grundsätzliche rechtliche Einordnung .....	2
1. Interessen des verstorbenen Nutzers und ihre Einordnung .....	2
a) Die Interessenlage zu Lebzeiten.....	2
b) Rechtliche Einordnung.....	4
aa) Erbrechtsgarantie, Art. 14 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GG.....	4
bb) Postmortaler Persönlichkeitsschutz, Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG .....	4
2. Interessen von Erben und Angehörigen und ihre Einordnung.....	5
a) Die Interessenlage im Anschluss an den Erbfall .....	5
b) Rechtliche Einordnung.....	7
aa) Das grundrechtliche Eigentums- und Forderungserwerbsrecht des Erben.....	7
bb) Wahrnehmung des postmortalen Persönlichkeitsschutzes durch die Angehörigen .....	7
cc) Auswirkungen des einfachen Rechts auf die Nachlassabwicklung .....	8
3. Interessen der Provider und ihre Einordnung .....	9
a) Die Interessenlage im Hinblick auf das Ableben von Nutzern.....	9
b) Rechtliche Einordnung: Berufsfreiheit und Privatautonomie .....	9
4. Die Interessen anderer Hinterbliebener .....	10

B.	Folgerungen und Ausgangsthesen .....	10
I.	Zweifel an der Effizienz der Rechtsordnung.....	10
II.	Einordnung der Interessen nach dem bisherigen Stand .....	11
III.	Gang der Darstellung.....	12
IV.	Zentrale Thesen.....	13

## **Kapitel 2: Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....**

A.	„Digitaler Nachlass“ als unklarer Begriff .....	15
B.	Erlangung von Informationen als Primärinteresse der Erben .....	15
C.	Daten als Informationsvehikel .....	16
D.	Die Bindung an den Datenträger als Folge der digitalen Speichertechnik .....	17
E.	Die Differenzierung zwischen Offline- und Online-Daten .....	18
F.	Die Nutzerkonten als zentrale Stelle für Online-Daten.....	19
I.	Nutzerkonten .....	19
II.	Providerverträge als Rechtsgrundlage für die Inanspruchnahme von Internetdiensten.....	20
III.	Die Trennung von Nutzerkonto und Providervertrag .....	21
1.	Verkauf von Nutzerkonten als Vertragsübernahme .....	21
2.	Kritik an der Einordnung.....	21
3.	Die besondere Situation des digitalen Nachlasses .....	23
4.	Parallele zum Bankkonto .....	23
5.	Zwischenergebnis .....	24
G.	Sonstige Rechtspositionen im Bereich des Informationsrechts.....	24
I.	Rechte an Domain nicht erfasst.....	24
II.	Urheberrecht nicht erfasst .....	25
1.	Daten als Werkstücke .....	25
2.	Vererblichkeit von Urheber- und Nutzungsrechten .....	26
III.	Zwischenergebnis .....	26
H.	Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Kapitels .....	26

<b>Kapitel 3: Die Universalsukzession als technologieneutraler Ausgangspunkt für die Behandlung des digitalen Nachlasses</b> .....	29
A. Der erbrechtliche Vermögensbegriff.....	29
I. Identität der Gegenstände von Erbschaft und Nachlass .....	29
II. Vererblichkeit von Rechtspositionen.....	30
III. Systematische Einschränkungen des Vermögensbegriffs.....	31
1. Keine Sonderrechtsnachfolge von Todes wegen .....	31
2. Keine Unvererblichkeit.....	32
IV. § 1922 Abs. 1 BGB als zwingendes Recht .....	32
V. Zwischenergebnis .....	33
B. Die Unvererblichkeit von Rechtspositionen .....	33
I. Untergang der Rechtsposition als Folge der Unvererblichkeit.....	33
II. Kriterien für die Unvererblichkeit.....	34
C. Vertraglich vereinbarte Unvererblichkeit .....	34
I. Kein Widerspruch zur zwingenden Universalsukzession .....	35
II. Keine einseitige Einflussnahme auf Vererblichkeit.....	37
D. Unvererblichkeit kraft Natur der Leistung.....	38
I. Bedeutung des Vermögenswertes einer Rechtsstellung.....	38
II. Höchstpersönlichkeit als maßgebliches Kriterium .....	40
III. Nichtübertragbarkeit nur Indiz für die Höchstpersönlichkeit .....	41
IV. Zwischenergebnis .....	42
E. Sonderfall allgemeines und postmortales Persönlichkeitsrecht .....	43
F. Folgerungen für die weitere Bearbeitung.....	44

<b>Kapitel 4: Der Eintritt der Erben in die vertraglichen Rechtspositionen des Nutzers</b> .....	47
A. Die einschlägigen Rechte und ihre Vererblichkeit.....	47
I. Der Anspruch auf Speicherung und Abrufbarkeit der Daten.....	48
1. Inhalt.....	48
2. Vertragstypologische Einordnung .....	49

a)	Behandlung der entgeltlichen Speicherung als Mietverhältnis .....	49
b)	Unentgeltliche Dienste und Speicherung von Daten.....	49
c)	Abrufbarkeit als Eigenschaft der Mietsache.....	50
3.	Zwischenergebnis.....	51
II.	Der Anspruch auf Kontoführung durch den Provider .....	52
1.	Inhalt.....	52
2.	Vertragstypologische Einordnung .....	52
3.	Zwischenergebnis.....	52
III.	Der Anspruch auf Passwortbekanntgabe oder -herausgabe.....	53
IV.	Sonstige Leistungen der Provider .....	53
V.	Die Vererblichkeit der Ansprüche.....	53
B.	Unvererblichkeit aufgrund vertraglicher Vereinbarung.....	54
I.	Unvererblichkeitsklauseln.....	55
1.	Einbeziehung der Klausel mangels überraschenden Inhalts .....	55
2.	Eröffnung der Inhaltskontrolle .....	56
a)	Unvererblichkeit als bloß ausgestaltende Bestimmung.....	57
b)	Kritik an der Einordnung.....	57
c)	Kontrollbedürftigkeit als entscheidendes Kriterium .....	58
d)	Kontrollfähigkeit.....	59
aa)	Keine Abweichung von Vorschriften des Mietrechts.....	59
(1)	Miet- und Leihvertragsrecht regelt Vertragsbeendigung .....	59
(2)	Keine Abweichung von mietrechtlichen Vorschriften.....	60
(3)	Keine Abweichung von § 672 S. 1 BGB .....	60
bb)	Keine Abweichung vom Grundsatz der Universalsukzession.....	61
cc)	Keine Abweichung von der Testierfreiheit und § 1937 BGB.....	62
(1)	Testierfreiheit .....	62
(2)	§ 1937 BGB .....	62

(3) Stellungnahme.....	62
dd) Keine Abweichung vom Grundsatz pacta sunt servanda .....	63
ee) Keine Abweichung vom Totenfürsorgerecht .....	64
ff) Befristung als rechtsergänzende Klausel .....	65
3. Inhaltskontrolle .....	65
a) Einschränkung wesentlicher Rechte und Pflichten.....	65
b) Generalklausel, § 307 Abs. 1 S. 1 BGB .....	66
aa) Mögliche Benachteiligung des ursprünglichen Nutzers .....	66
bb) Keine Einbeziehung der Erbeninteressen .....	67
cc) Keine Unangemessenheit.....	69
4. Zwischenergebnis .....	70
II. Gestaltungsklauseln.....	70
1. Keine Benachteiligung durch einseitiges Bestimmungsrecht des Nutzers .....	70
2. Nachlassmanagement as a service.....	71
a) Löschanweisung .....	72
b) Eröffnungsanweisung.....	72
aa) Anordnung von exklusivem Zugang des postmortalen Kontoverwalters.....	72
bb) Unwirksamkeit als Verfügung von Todes wegen .....	72
cc) Wirksamkeit als Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall.....	73
(1) Valutaverhältnis als Schenkung unter Lebenden.....	73
(2) Schenkung auf den Todesfall .....	73
(3) Stellungnahme.....	74
dd) Alternative: Öffnung zusätzlich zu gesetzlichen Erben.....	75
ee) Zwischenergebnis.....	76
III. Zwischenergebnis und Bewertung .....	76

C.	Keine Unvererblichkeit aufgrund höchstpersönlicher Rechtsstellung des Nutzers.....	77
I.	Erreichbarkeit des Vertragszwecks trotz Gläubigerwechsel.....	77
1.	Keine echte Unmöglichkeit der Leistungserbringung.....	77
2.	Keine Eingrenzung des Vertragszwecks durch Personalisierung des Nutzerkontos .....	77
a)	Allgemein erbrechtliche Bedenken .....	78
b)	Dienstspezifische Bedenken.....	78
c)	Keine Unzumutbarkeit aufgrund besonderer Vertrauensbeziehung.....	79
d)	Zwischenergebnis.....	80
3.	Keine Höchstpersönlichkeit der Kontoinhaberschaft.....	80
a)	Vererblichkeit der Girokontoinhaberschaft.....	80
b)	Vergleichbarkeit von Giro- und Providervertrag .....	81
c)	Kontoinhaberschaft als Teil der sachlichen Vermögenssphäre .....	82
aa)	Vorhandener Vermögenswert.....	82
bb)	Neutrale Stellungen anderer Dienstleister als Maßstab .....	83
(1)	Die neutrale Stellung des Zahlungsdienstleisters.....	83
(2)	Die neutrale Stellung der Post bei der Briefzustellung.....	84
cc)	Die neutrale Stellung des Providers .....	84
d)	Zwischenergebnis.....	85
4.	Inhaberschaft an den gespeicherten Daten.....	85
5.	Zwischenergebnis .....	86
II.	Der Einfluss privater Inhalte auf die Vererblichkeit .....	86
1.	Einsicht in Unterlagen der Stasi nach dem StUG.....	86
2.	Das Akteneinsichtsrecht des Patienten .....	87
a)	Frühe Rechtsprechung.....	87
b)	Die Rechtslage nach §§ 630f, 630g BGB .....	88
3.	Übertragung auf den digitalen Nachlass .....	89
a)	Übertragung der Wertungen des StUG.....	89
b)	Übertragung der Wertungen des § 630g Abs. 3 BGB .....	89
c)	Stellungnahme.....	90

aa)	Auslegung der Rechtsposition als Anknüpfungspunkt.....	90
bb)	Einstufung als private Daten .....	90
cc)	Besondere Vergleichbarkeit mit der Situation des digitalen Nachlasses.....	91
dd)	Beachtung erbrechtlicher Vorgaben.....	91
ee)	Bewertung der Höchstpersönlichkeit .....	92
d)	Zwischenergebnis.....	93
4.	Kein Einfluss privater Informationen auf die Vererblichkeit.....	93
a)	Gesetzsystematik .....	93
b)	Keine rechtliche Teilung der Rechtsstellung hinsichtlich Vererblichkeit .....	94
aa)	Vertraglicher Anspruch.....	94
bb)	Parallele zur teilweisen Unmöglichkeit.....	94
cc)	Nur teilweise Höchstpersönlichkeit nicht mit Providerrolle vereinbar .....	95
dd)	Andere persönlichkeitsrechtlich relevante Sachverhalte...	96
ee)	Zwischenergebnis.....	97
c)	Keine Unvererblichkeit durch „Infizierung“ des Kontos ....	97
aa)	Vollständige Sperrung des Kontos wegen „Infizierung“ .....	97
bb)	Sortierung durch Treuhänder.....	97
cc)	Zwischenergebnis.....	98
d)	Einfluss von Schweigepflichten.....	99
aa)	Rechtssystematische Einordnung und Folgerungen .....	99
bb)	Keine Unvererblichkeit als Folge der Schweigepflicht....	100
(1)	Einfluss des Erblasserwillens auf die Vererblichkeit .....	100
(2)	Rechtsnatur der Schweigepflicht .....	101
III.	Zwischenergebnis .....	102
D.	Anspruch auf Datenherausgabe bei todesbedingter Vertragsbeendigung .....	103
I.	Vertragsbeendigung zu Lebzeiten des Nutzers .....	104
1.	Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 der Datenschutzgrundverordnung.....	104
2.	Herausgabeansprüche aus dispositivem Recht.....	104

3.	Herausgabeansprüche aus Vertrag .....	105
a)	Nachvertragliche Obhuts- und Aufbewahrungspflicht hinsichtlich der Daten.....	105
aa)	Die Rechtslage nach Miet- und Leihvertragsrecht .....	105
bb)	Entsprechende Rechtslage bei alternativer vertragstypologischer Einordnung.....	107
(1)	Einordnung als Auftrag oder Geschäftsbesorgung.....	107
(2)	Einordnung als Verwahrungsvertrag.....	108
cc)	Zwischenergebnis.....	108
b)	Wegnahmerecht des Mieters, § 539 Abs. 2 BGB.....	109
c)	Ergänzende Vertragsauslegung .....	110
4.	Zwischenergebnis .....	111
II.	Vertragsbeendigung durch den Tod des Nutzers.....	112
1.	Endgültige Entstehung erst durch Vertragsbeendigung.....	112
2.	Mögliche Ansätze für eine Vorverlegung der Entstehung.....	112
a)	Schadensersatzansprüche wegen Tötung einer Person .....	112
b)	Vorverlegung um eine juristische Sekunde.....	113
c)	Zwischenergebnis.....	113
3.	Lösung über die ergänzende Vertragsauslegung.....	113
4.	Aufschiebend befristeter Anspruch.....	114
a)	Funktionelles Äquivalent zum Anspruch auf Abrufbarkeit.....	115
b)	Vergleich zur Vererblichkeit des Anspruchs aus Zweckverfehlungskondiktion .....	115
c)	Vertragliche Natur des Herausgabeanspruchs.....	116
5.	Vererblichkeit des Anspruchs .....	117
a)	Keine Unvererblichkeit kraft Natur der Leistung .....	117
b)	Einfluss von Unvererblichkeitsvereinbarungen .....	117
III.	Zwischenergebnis .....	118
E.	Hilfsanspruch von Angehörigen auf Auskunft .....	118
I.	Hilfsanspruch aus § 242 BGB .....	118
II.	§§ 22 S. 3 KUG, 60 Abs. 1 UrhG analog.....	119

III. § 630g Abs. 3 S. 2 BGB analog.....	120
IV. Hilfsanspruch direkt aus postmortalem Persönlichkeitsrecht .....	120
V. Zwischenergebnis .....	120
F. Zusammenfassung – Möglichkeiten der Hinterbliebenen für den Umgang mit dem digitalen Nachlass aus erbrechtlicher Perspektive.....	121
G. Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage .....	122

## **Kapitel 5: Der Eintritt der Erben in datenschutzrechtliche Befugnisse des Nutzers.....**

A. Einschlägige Befugnisse des Nutzers als Betroffenen.....	125
I. Auskunftsanspruch, § 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG.....	126
1. Aufdecken unbekannter Nutzerkonten .....	126
2. Auskunft bei Gewissheit über Nutzerkonten.....	127
II. Löschungsanspruch, § 35 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 BDSG.....	127
III. Ansprüche aus der europäischen Datenschutzgrundverordnung.....	128
B. Postmortale Anwendbarkeit der Befugnisse.....	128
I. Kein Schutz von Daten Verstorbener durch die DS-GVO.....	128
II. Postmortaler Datenschutz in Deutschland.....	129
1. Einfluss des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auf den postmortalen Datenschutz.....	129
a) Einschränkung der Auslegung des BDSG .....	130
b) Keine postmortale Erstreckung des Schutzes durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht .....	130
c) Keine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsentfaltung zu Lebzeiten .....	132
2. Gewährleistung des postmortalen Persönlichkeitsschutzes.....	132
a) Kein Schutz einer erweiterten Selbstbestimmung .....	133
b) Möglichkeit des Schutzes der Menschenwürde auch ohne Datenschutz.....	134
3. Auslegung des einfachen Rechts.....	135

a)	Kein Rückschluss aus spezialgesetzlichem Schutz für Daten Verstorbener .....	135
b)	Schutzzweck des BDSG auch auf Verstorbene anwendbar .....	137
III.	Zwischenergebnis .....	138
C.	Vererblichkeit der datenschutzrechtlichen Befugnisse .....	138
I.	Anwendung der allgemeinen Kriterien für die Vererblichkeit .....	138
II.	Zwecke der datenschutzrechtlichen Befugnisse .....	139
1.	Ideelle Zwecke .....	139
2.	Wirtschaftliche Zwecke .....	139
a)	Auskunft aufgrund datenschutzrechtlicher Schadensersatzvorschriften .....	139
b)	Auskunft aufgrund Verletzung des Persönlichkeitsrechts im Internet .....	140
c)	Auskunft über Scoring-Werte .....	141
3.	Zwischenergebnis .....	141
III.	Folgerungen für die Höchstpersönlichkeit der Rechte .....	142
1.	Unvererblichkeit aufgrund ideeller Zwecksetzung .....	142
2.	Kein Schutzdefizit durch Unvererblichkeit .....	142
3.	Keine rechtlich geschützten, vermögensrechtlichen Interessen der Erben .....	143
IV.	Zwischenergebnis .....	143
D.	Zusammenfassung der Ergebnisse des vierten Kapitels .....	144
E.	Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage .....	144

## **Kapitel 6: Die Vererblichkeit von sonstigen Rechten an syntaktischen Daten**.....145

A.	Unterschiede in den Tendenzen zur Kommerzialisierung von Daten .....	145
B.	Ansätze für Rechte an syntaktischen Daten de lege lata .....	146
I.	Keine Zuweisung syntaktischer Daten durch Datenschutz .....	146
II.	Bloß faktische Ausschließlichkeit durch Geheimnisschutz .....	147

1.	Schutz syntaktischer Daten.....	148
2.	Mögliche Auswirkungen auf den digitalen Nachlass.....	148
3.	Keine ausschließliche Zuweisung durch Geheimnisschutz.....	149
III.	Keine angemessene Zuweisung durch Urheberrecht.....	149
1.	Schutz von Sammelwerken und Datenbanken.....	149
a)	Gemeinsamkeiten im Hinblick auf den Schutzgegenstand.....	150
b)	Mögliche Auswirkungen auf den digitalen Nachlass.....	150
c)	Keine Zuweisung syntaktischer Daten durch sui generis Datenbankschutz.....	151
2.	Schutz von Software.....	151
3.	Keine vollständige Zuweisung durch das Urheberrecht.....	152
IV.	Eigentumsbeziehungen an syntaktischen Daten.....	153
1.	Keine Sacheigenschaft syntaktischer Daten.....	153
2.	Gleichbehandlung mit Datenträger.....	154
a)	Behandlung von Verträgen über Standardsoftware.....	154
b)	Bedeutung für den digitalen Nachlass.....	155
c)	Generelle Bedenken.....	155
d)	Folgerungen aus § 950 Abs. 1 S. 1 BGB.....	157
e)	Zwischenergebnis.....	158
3.	Daten als Früchte oder Nutzungen.....	158
V.	Eigentumsähnliche Rechte im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB.....	159
1.	Bewehrung des Persönlichkeitsrechts.....	159
a)	Recht an den eigenen persönlichen Daten.....	159
b)	Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.....	159
c)	Nur Schutz semantischer Daten.....	159
2.	Auswirkungen der Bindung an den Datenträger.....	160
a)	Verletzung des Eigentums am Datenträger.....	160
b)	Ablösung der Daten vom Datenträger.....	160
aa)	Recht am Datenbestand.....	161
bb)	Herrschaft über den eigenen E-Mail-Account.....	161

cc)	Mehrwert für die Behandlung des digitalen Nachlasses.....	161
dd)	Stellungnahme.....	161
3.	Recht am Gewerbebetrieb.....	162
4.	Virtuelles Hausrecht und Besitz am Datenbestand .....	162
5.	Keine Rückschlüsse aus § 823 Abs. 1 BGB möglich.....	164
VI.	Möglichkeiten für eine analoge Anwendung von § 903 BGB.....	164
1.	Folgerung einer planwidrigen Regelungslücke aus §§ 202a, 303a StGB.....	164
a)	Strafrecht als Modell für zivilrechtliche Datenrechte.....	165
b)	Schluss vom Strafrecht auf Zivilrecht nicht möglich.....	166
c)	Stellungnahme.....	167
2.	Zuweisung syntaktischer Daten beim digitalen Nachlass .....	168
a)	Skripturakt als Zuordnungskriterium .....	168
b)	Übertragung auf den digitalen Nachlass.....	170
c)	Kritische Betrachtung des Skripturkriteriums am Beispiel des digitalen Nachlasses .....	172
aa)	Orientierung an § 950 Abs. 1 BGB ungeeignet.....	172
bb)	Skriptur unter Beteiligung mehrerer Personen nicht problemlos erfassbar .....	172
d)	Zwischenergebnis.....	174
3.	Keine Vergleichbarkeit der Interessenlage.....	174
4.	Zulässigkeit der richterlichen Rechtsfortbildung.....	175
5.	Keine analoge Anwendung des § 985 BGB.....	176
VII.	Zwischenergebnis .....	177
C.	Ansätze für den Schutz syntaktischer Daten de lege ferenda.....	178
I.	Recht des Datenerzeugers.....	178
1.	Inhalt und Rechtfertigung.....	178
2.	Auswirkungen auf den digitalen Nachlass und Kritik.....	179
II.	Erweiterung des § 90 BGB .....	179
1.	Erstreckung auf sonstige beherrschbare Gegenstände .....	179
2.	Gleichstellung geldwerter Immaterialgüter mit Sachen.....	180
3.	Erweiterung des Sachbegriffs auf Computerdaten .....	180

III. IT-Daten als Bestandteil des Persönlichkeitsrechts .....	180
IV. Zwischenergebnis .....	181
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des sechsten Kapitels.....	181
E. Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage .....	182

## **Kapitel 7: Das Fernmeldegeheimnis als Hindernis bei der Rechtsdurchsetzung.....**

<b>Kapitel 7: Das Fernmeldegeheimnis als Hindernis bei der Rechtsdurchsetzung.....</b>	<b>183</b>
A. Rechtliche Grundlagen des Fernmeldegeheimnisses .....	183
I. Schutz des verstorbenen Nutzers .....	183
1. Verstorbene nicht zur Persönlichkeitsentfaltung im Stande ..	184
2. Einfach-rechtliche Erstreckung auf Verstorbene .....	184
3. Zwischenergebnis.....	185
II. Provider ist Adressat des Fernmeldegeheimnisses.....	185
1. Provider als Anbieter von Telekommunikationsdiensten .....	185
a) Erbringung von Telekommunikationsdiensten .....	186
b) Grundsätzliche Entgeltlichkeit.....	187
c) Überwiegende Erbringung von Kommunikationsdiensten.....	187
aa) E-Mail-Dienste .....	187
bb) Übertragung der Gedanken auf andere Dienste.....	188
d) Zwischenergebnis.....	189
2. Provider als Adressaten des verfassungsrechtlichen Fernmeldegeheimnisses.....	189
a) Schutzpflichten und mittelbare Grundrechtsbindung.....	189
b) Erhöhtes Schutzniveau bei Eingriffen privater Telekommunikationsanbieter .....	190
3. Zwischenergebnis.....	191
III. Nachrichten auf Servern vom Fernmeldegeheimnis erfasst .....	191
B. Kein Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis .....	192
I. Erste Sichtweise: Übertragung an Erben als Eingriff.....	192
1. Erben sind Dritte im Sinne des Fernmeldegeheimnisses.....	192

2.	Übertragung an Erben keine geschäftsmäßige Erbringung von Telekommunikationsdiensten .....	193
3.	Keine Einwilligung der Kommunikationsteilnehmer .....	193
	a) Mögliche Einwilligung des Verstorbenen durch Passworthinterlegung .....	194
	b) Keine wirksame Einwilligung durch Abschluss des Providervertrags .....	194
	c) Sonderfall: Keine wirksame Einwilligung durch AGB .....	194
	d) Keine wirksame Einwilligung durch Absenden der Nachricht .....	195
	e) Zwischenergebnis .....	195
4.	Keine gesetzliche Ermächtigung .....	195
	a) Erfordernis einer Gesetzesvorschrift .....	195
	b) Konkrete Umsetzung .....	196
	aa) § 1922 Abs. 1 BGB nicht ausreichend .....	196
	bb) Analoge Anwendung von § 39 Abs. 4 S. 2 PostG nicht ausreichend .....	196
	cc) Einführung eines § 88 Abs. 5 TKG .....	196
5.	Zwischenergebnis .....	197
II.	Bevorzugte Sichtweise: Übertragung ist schon kein Eingriff .....	197
1.	Rechtfertigung des Eingriffs .....	198
	a) Mögliche Einwilligung durch Providervertrag .....	198
	b) Mögliche Einwilligung durch Absenden .....	199
	aa) Einwilligung gegenüber dem Provider erforderlich .....	199
	bb) Übergang der Verfügungsbefugnis über den Inhalt auf den Empfänger .....	199
	cc) Versenden als konkludente Einwilligung zur Zustellung .....	200
2.	Übertragung an Erben als geschäftsmäßige Erbringung von Telekommunikationsdiensten .....	201
	a) Rolle in der Konversation nicht ausschlaggebend .....	201
	b) Erfüllung vertraglicher Primärpflichten ist geschäftsmäßige Erbringung .....	201

c)	Erfüllung des Providervertrags an Erben ist geschäftsmäßige Erbringung.....	202
d)	Zwischenergebnis.....	202
III.	Zwischenergebnis .....	202
C.	Zusammenfassung der Ergebnisse des siebten Kapitels.....	203
D.	Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage .....	203

## **Kapitel 8: Persönlichkeitsrechte als Hindernisse bei der Rechtsdurchsetzung .....**

A.	Verhältnis zum Fernmeldegeheimnis.....	206
B.	Postmortaler Datenschutz des Verstorbenen .....	206
I.	Anwendbarkeit und Datenverarbeitung.....	206
II.	Ablehnung einer Übermittlung als Alternative .....	207
III.	Einwilligung .....	207
IV.	§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG.....	208
V.	§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG als Erlaubnisnorm .....	208
VI.	Abwägung lässt Datenübertragung an Erben zu.....	208
1.	Abwägungskriterien.....	208
2.	Vertragserfüllung und Berufsfreiheit des Providers, Art. 12 Abs. 1 GG .....	209
3.	Zweck der Speicherung erlaubt Erfüllung an Erben .....	210
VII.	Zwischenergebnis .....	210
C.	Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts des Erblassers, Art. 1 Abs. 1 GG.....	210
I.	Schutz gegen Herabwürdigung und Erniedrigung .....	212
II.	Entstellungsschutz als Schutz vor verfälschender Darstellung.....	212
1.	Negativ verfälschende Darstellungen eines Verstorbenen .....	212
2.	Selbstbestimmung über das Lebensbild als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	214
a)	Schutz vor untergeschobenen Äußerungen.....	214
b)	Veröffentlichungsverbot privater Aufzeichnungen.....	215

c)	Weitere Grenze für die Veröffentlichung wahrer Tatsachen .....	216
d)	Ende des erweiterten Selbstdarstellungsschutzes mit Tod .....	216
3.	Selbstbestimmung als Teil der Menschenwürde .....	217
a)	Kein Verstoß gegen Selbstbestimmung bei Veröffentlichung von Aufzeichnungen.....	217
b)	Akzeptanz wahrer Tatsachen über den Verstorbenen.....	218
c)	Kein besonderer Schutz des Intimbereichs.....	219
d)	Keine Schutzsteigerung für Minderjährige .....	221
e)	Verletzungsfreie Personengruppen als alternative Lösung.....	222
f)	Bindung an den Willen des Verstorbenen .....	223
aa)	Ausdrücklicher Wille .....	223
bb)	Mutmaßlicher Wille .....	224
4.	Zwischenergebnis.....	226
III.	Zwischenergebnis .....	226
D.	Verletzung Persönlichkeitsrechte Dritter.....	226
I.	Persönlichkeitsschutz durch die DS-GVO .....	226
1.	Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO .....	227
2.	Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO .....	227
3.	Rechtliche Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO erfordert Gesetz .....	228
4.	Erlaubnis der Übertragung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO.....	228
a)	Vertragserfüllung und Berufsfreiheit des Providers, Art. 15 Abs. 1, 16 GrCh.....	229
b)	Nachlassabwicklungsinteressen der Erben .....	229
aa)	Kein Schutz durch Art. 17 S. 1 GrCh.....	229
bb)	Keine Berücksichtigung deutscher Grundrechte .....	230
cc)	Zwischenergebnis.....	230

c)	Keine Beziehung zwischen Drittem und Provider .....	230
d)	Vermittlertätigkeit des Providers führt nicht zu Gefahrsteigerung .....	231
5.	Zwischenergebnis .....	231
II.	Verfassungsrechtlicher Persönlichkeitsschutz .....	231
1.	Allgemeine Rechtfertigungsvoraussetzungen .....	232
a)	§ 1922 Abs. 1 BGB als Grundrechtsschranke .....	232
b)	Konkurrierende Rechte der anderen Beteiligten .....	233
aa)	Berufsfreiheit des Providers, Art. 12 Abs. 1 GG .....	233
bb)	Forderungserwerbsrecht, Art. 14 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GG .....	233
c)	Verhältnismäßigkeitsprinzip und Untermaßverbot .....	234
2.	Abwägung zugunsten der Kontoöffnung und ausreichender Mindestschutz durch DS-GVO .....	234
III.	Zwischenergebnis .....	235
E.	Berufliche und andere Verschwiegenheitspflichten .....	235
F.	Zusammenfassung der Ergebnisse des achten Kapitels .....	236
G.	Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage .....	236

## **Kapitel 9: Zusammenfassung der**

### **gefundenen Ergebnisse .....**

A.	Zum Gegenstand des digitalen Nachlasses .....	237
B.	Zur Vererblichkeit von Providerverträgen und den Rechtspositionen des Erblassers .....	237
C.	Zur Heranziehung des Datenschutzrechts .....	238
D.	Zur Vererblichkeit von sonstigen Rechten an syntaktischen Daten .....	238
E.	Zum Fernmeldegeheimnis als möglichem Durchsetzungshindernis .....	238
F.	Zu Persönlichkeitsrechten als möglichen Durchsetzungshindernissen .....	238

<b>Kapitel 10: Vorschlag für ein Lösungskonzept und weiterer Forschungsbedarf .....</b>	<b>241</b>
I. Grundlegende Beantwortung der Ausgangsfrage .....	241
II. Überarbeitung der Vertragstypologie.....	242
III. Kodifizierung von Auskunftsansprüchen Angehöriger .....	242
IV. Ausweitung datenschutzrechtlicher Befugnisse .....	242
V. Schaffung eines Datensonderrechts.....	242
VI. Stärkung der Betroffenenrechte.....	243
1. Anpassung der AGB-Kontrolle.....	243
2. Sortierung der Inhalte.....	244
3. Kodifizierung des Nachlassmanagements as a service .....	244
4. Ergebnis .....	244
VII. Weiterer Forschungsbedarf.....	245